

UNGARN UND DER ANSCHLUSS ÖSTERREICHS IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Analyseversuch anhand von Gesandtschaftsakten

von Ibolya Murber (Szombathely)

Erstveröffentlichung

Der Anschlussgedanke

Ziel dieses Beitrages ist die Darstellung der Haltung Ungarns zur Anschlussfrage in der Zwischenkriegszeit an Hand von Gesandtschaftsakten aus Wien und Budapest.

1 Steininger, Rolf: 12. November 1918 bis 13. März 1938: Stationen auf dem Weg zum »Anschluss«. In: Ders./Gehler, Michael (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg, Bd. 1. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 1997, p. 119.

2 Der Begriff »Revision« beinhaltet die Rückgewinnung der durch den Friedensvertrag von Trianon verloren gegangenen Gebiete Großungarns.

In erster Linie war es die französische Siegermacht, die sowohl im Friedensvertrag von Versailles am 28. Juni 1919 mit Deutschland (Artikel 80) als auch später in jenem von St. Germain am 10. September 1919 mit Österreich (Artikel 88) dessen Anschluss an Deutschland verbot. Österreich wurde ganz gegen seinen Willen zur Wahrung seiner Souveränität genötigt, womit auch ein kaum ins Auge gefasster Zusammenschluss mit Ungarn unmöglich wurde. Gleichzeitig verpflichteten sich die den Friedensvertrag diktierenden alliierten Siegerstaaten zur Erhaltung der österreichischen Selbstständigkeit, um die von ihnen geschaffene neue mitteleuropäische Ordnung zu sichern. Damit erhielt Österreich einen neutralitätsähnlichen Status.

In den 1920er Jahren bemühte sich v.a. Österreich, in den 1930er Jahren jedoch Deutschland um einen Anschluss, hauptsächlich aus wirtschaftlichen Überlegungen. Dies traf auch auf die Politik Hitlers zu, der unter dem Deckmantel rassistischer Parolen von der »deutschen Volksgemeinschaft« in erster Linie die wirtschaftlichen Ressourcen Österreichs einverleiben wollte, besonders nach der Verkündung seiner autarken Wirtschaftspolitik und in Hinblick auf den geplanten Krieg.¹

Die Einstellung Ungarns zum österreichischen Anschluss an Deutschland war in der Zwischenkriegszeit ständigen Kurswechseln unterworfen. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon im Jahr 1920 war die neue ungarische außenpolitische Führung vorerst in innenpolitische Affären verstrickt und formulierte nicht einmal eine offizielle Stellungnahme zum Anschlussverbot Österreichs. Freilich war sich die ungarische Führung über die Wichtigkeit der Frage im Klaren, da das Anschlussverbot für Ungarn Vor-, aber auch Nachteile mit sich brachte. Einerseits hätte der Anschluss, ganz gegen den mitteleuropäischen Status quo, der ungarischen territorialen Revision² einen neuen Aufschwung verleihen können, unabhängig davon, ob ein Anschluss von Österreich oder Deutschland forciert worden wäre. Andererseits würde ein durch Österreich gestärktes Deutschland seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der mittelosteuropäischen Region ausdehnen, was v.a. die alliierten Siegermächte, aber auch die ungarische Führung befürchteten. Im Grunde genommen stellte diese Zwiespältigkeit im ganzen Zeitraum bis zum Zweiten Weltkrieg die Rahmenbedingungen und Richtlinien für die ungarische Führung auf der internationalen Bühne dar, wurde jedoch seit dem Ende der 1920er Jahre durch die ständig intensivierten ungarisch-österreichischen Beziehungen bzw. die ungarische Loyalität gegenüber dem souveränen Österreich deutlich modifiziert.

De jure-Anschluss und dessen Verbot 1918/19

»[...] ohne den Anschluss an Deutschland ist es [Österreich, IM] nicht in der Lage am Leben zu bleiben.«³

Vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain bildete der Anschluss an Deutschland die größte Motivation für die österreichische Außenpolitik der großdeutschen und der sozialdemokratischen Parteien. Sogar in der Staatsbezeichnung »Deutschösterreich« wurde dies kenntlich. Auch die provisorische Nationalversammlung am 11. November 1918 hatte sich in Wien für den Anschluss an Deutschland ausgesprochen.⁴

Zu dieser Zeit erhoffte sich die ungarische Außenpolitik jedoch andere Konstellationen und unterstützte daher die Anschlussbestrebungen Österreichs nicht. Stattdessen wurde versucht, Österreich für ungarische Ziele zu gewinnen. Ein bedeutender Teil der ungarischen Führung schlug gegen die tschechoslowakischen und rumänischen Invasions- und Besatzungstruppen eine ungarisch-österreichische militärische, zwischenstaatliche Kooperation vor. Österreich sollte durch die gemeinsamen Interessen in der »Korridorfrage«⁵ und durch die Rückgewinnung der böhmisch-mährischen Gebiete mit deutschsprachiger Bevölkerung in der neu entstandenen Republik Tschechoslowakei geködert werden. Eine Zusammenarbeit stellten sich die Ungarn auch bei dem Abzug der Besatzungstruppen vor. Ein Konflikt über die staatliche Zugehörigkeit westungarischer Gebiete (Burgenland)

3 MOL [= Ungarisches Staatsarchiv] K63 Ausztria 20/25t 2137. Bécs, 08.06.1923 [Übersetzungen von IM].

4 Die deutsche politische Führung unterstützte diesen österreichischen Schritt nicht, da sie in Kenntnis gesetzt worden war, dass die Siegerstaaten im Falle eines Anschlusses die Vertragsbedingungen erschweren würden. Den österreichischen Sozialdemokraten gelang es jedoch, die deutsche sozialdemokratische Regierungsführung für ihre Anschlussbestrebungen zu gewinnen.

5 Korridor: territoriale Verbindung zwischen den Süd- und Nordslawen auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes.

6 ÖStA AdR NPA [= Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Neues Politisches Archiv] 788 2035. Budapest, 02.03.1919.

7 Ibid.

8 ÖStA AdR NPA 804 3319. Budapest, 15.07.1921.

9 Ibid.

10 ÖStA AdR NPA 804 3319. Budapest, 15.07.1921.

11 ÖStA AdR NPA 804 3394/1921. Budapest, 06.07.1921.

12 ÖStA AdR NPA 788 6656/1921. Budapest, 21.11.1921.

trat noch nicht in Erscheinung.⁶ In diese ungarischen Überlegungen passten die Anschlussbestrebungen Österreichs nicht hinein. Zu deren Verhinderung bzw. Verzögerung entwickelte die politische Abteilung des ungarischen Außenministeriums die nötigen Argumente: Unter den »jetzigen Umständen« sei ein Anschluss nicht zweckdienlich, da es sowohl die Situation Deutschlands als auch Österreichs vor der Friedenskonferenz erschwere. Anderen Überlegungen zufolge sollte in Österreich die Frage der böhmisch-mährischen deutschsprachigen Bevölkerung Priorität erhalten, wodurch die Position Österreichs gegenüber Deutschland bei den Anschlussverhandlungen gestärkt würde.⁷

Die österreichische Führung sah nur bezüglich der »Korridorfrage« eine Interessensgemeinschaft; wegen der unterschiedlichen Prioritäten beider Staaten kam weder eine militärische noch eine andere Art von Kooperation zustande. Nach der Ratifizierung der Friedensverträge in den Jahren 1919 und 1920 war außerdem die Realisierung des österreichischen Anschlusses und eines ungarischen militärischen Gegenangriffes auf die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien nicht mehr aktuell.

Auch Jahre später vertrat Ungarn eine anschlussfeindliche Haltung. Im Juli 1921 erklärte Hans Cnobloch, österreichischer Gesandter in Budapest, die Hintergründe dieser ungarischen Einstellung:

[...] da die großdeutsche Propaganda, die nicht nur in Österreich, sondern auch in Westungarn entfaltet wurde, eine schwere Gefahr für Ungarn bedeutete. Dadurch würden nicht nur Unruhen in den bei Ungarn verbliebenen deutschen Gebieten Westungarns hervorgerufen, sondern Ungarn würde im Falle des Anschlusses Österreichs an Deutschland zum unmittelbaren Nachbarn dieses mächtigen Staates, dessen Einfluss es unterliegen müsste.⁸

Demzufolge würde Ungarn »in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit dieses mächtigen Nachbarn« geraten und »auf die ›freie Hand« [!] in der Außenpolitik verzichten. Auch müssten alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der Habsburger-Monarchie begraben werden.«⁹

Der österreichische Gesandte sah die Lage Ungarns ziemlich schwarz:

Das Los Ungarns, als kleiner, meiner festen Überzeugung nach zur Selbstverwaltung unfähiger Nationalstaat mitten unter teils militärisch und wirtschaftlich, teils zudem noch kulturell stärkeren Staatsgebilden, ist gewiss nicht beneidenswert. [...] Ungarn wird auf die Dauer ohne politische Anlehnung an einen seiner Nachbarn nicht bestehen können. [...] Diesfalls kommen aber zwei Lösungen erstlich in Betracht: Rumänien oder Österreich (Deutschland). Die letztere Lösung würde, trotz der gegenwärtigen Stellungnahme Ungarns gegen den Anschluss Österreichs an Deutschland, die Mehrheit der Stimmen des ungarischen Volkes auf sich vereinen.¹⁰

Nach österreichischen Lageberichten war eine »Annäherung« zwischen Ungarn und Österreich, obwohl die Burgenland-Frage noch nicht endgültig geregelt war, nicht ausgeschlossen. Die Differenzen waren wesentlich geringer, als mit anderen Nachbarstaaten, die wenig Sympathie für die beiden einstigen Führungsmächte der Monarchie verspürten. Der Gesandte Cnobloch notierte: »Ungarn scheint somit endlich zur Erkenntnis seiner wirklichen Lage gekommen zu sein und will nun notgedrungen den Versuch machen, aus seiner Vereinsamung herauszukommen.«¹¹ Das österreichische Außenministerium vertrat die Ansicht, dass die geringe Annäherung der beiden Staaten bis dahin z.T. der »Blindheit« und dem fehlenden Verständnis der Ungarn, aber auch den mangelnden Initiativen der Österreicher zu verschulden war.¹² Wegen der Anschlussverbote der Friedensverträge von 1919 und wegen der Genfer Anleihe im Jahr 1922 ließ die Annäherung der beiden Nachbarstaaten noch einige Jahre auf sich warten. Der Anschluss an Deutschland verlor einstweilen an Aktualität, zumal mit dessen Verwirklichung in absehbarer Zeit auch nicht zu rechnen war.

Die stille Vorarbeit zum wirtschaftlichen Anschluss 1925-1930

»Momentan sei es nicht gewiß, ob Ungarn dies befürchten oder sich darüber freuen sollte.«¹³

Nach 1925, als sich die wirtschaftliche Situation Österreichs wiederum verschlechterte, stand bis zu Beginn der 1930er Jahre die Hoffnung und Vorbereitung eines Anschlusses an

13 ÖStA AdR NPA 788 23754/1928. Budapest, 28.07.1928.

14 MOL K63 Ausztria 20/25t 2137.
Bécs, 08.06.1923.

15 MOL K63 Ausztria 20/25t 3335.
Bécs, 06.07.1927.

16 Steininger 1997, p. 114.

17 Garantie für die Westgrenze
Deutschlands.

18 MOL K63 Ausztria 20/25t 167.
Bécs, 19.03.1926.

19 MOL K63 Ausztria 20/25t 167.
Róma, 16.06.1926.

20 ÖStA AdR NPA 788
23754/1928. Budapest, 28.07.1928.

21 ÖStA AdR NPA 788
23754/1928. Budapest, 28.07.1928.

22 MOL K63 Ausztria 20/25t 3335.
Bécs, 06.07.1927.

23 MOL K63 Ausztria 20t 532/1931.

24 Juhász, Gyula: Magyarország
külsőpolitikája 1919-1945 [Ungarns
Außenpolitik 1919-1945]. Budapest:
Kossuth 1988, p. 118.

Deutschland im Vordergrund der österreichischen Außenpolitik. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre begann die Vorarbeit mit einer Angleichung von Infrastruktur, Kultur und Rechtswesen. Diese Tendenzen wurden auch von der ungarischen Gesandtschaft in Wien wahrgenommen und Budapest wurde darüber laufend unterrichtet: »Der Anschluss wird systematisch vorbereitet, es wird jedoch darüber nicht gesprochen.«¹⁴

Die ungarische Gesandtschaft verwies in ihren Berichten des Öfteren auf den parteipolitischen Gesinnungswandel im Zusammenhang mit der Anschlussfrage: Bislang seien v.a. die Sozialdemokraten Befürworter und die Christlichsozialen Gegner des Anschlusses gewesen. Am Ende der 1920er Jahre zeige sich jedoch die christlichsoziale Partei als die wichtigste Fürsprecherin,¹⁵ da Deutschland mittlerweile nicht mehr sozialdemokratisch sondern christlichkonservativ regiert werde. Dennoch besaß die Verwirklichung eines international gebilligten Anschlusses weder bei der deutschen noch bei der österreichischen Führung Regierungspriorität.¹⁶ Dies hing mit dem markanten internationalen Widerstand zusammen: Nicht nur die französische, sondern auch die italienische Regierung versagte die Unterstützung des Zusammengehens beider deutschen Staaten und stellten sich strikt dagegen.

Durch die Verträge von Locarno (1925)¹⁷ und durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (1926) verlor die Anschlussfrage erneut an Aktualität, geriet jedoch nicht gänzlich in Vergessenheit. Für die deutsche außenpolitische Führung erhielten nun die deutsch-französischen Beziehungen Priorität. Damit »neigt Deutschland zurzeit nicht zur Vorbereitung des Anschlusses«, berichtete der ungarische Gesandte im Jahr 1926.¹⁸ Die ungarische außenpolitische Führung nahm ohne Kommentare die Meinung Berlins zur Kenntnis, wonach »die Behandlung der Frage nicht aktuell ist, weil das Ziel [der Anschluss, IM] mit der Zeit durch natürliche Evolution zu erreichen ist.«¹⁹

Während dessen wurde die Anschlusspropaganda durch die »Volksbünde«, die in Wien toleriert und von Berlin finanziert wurden, weiterhin betrieben und in der Öffentlichkeit verbreitet. Die prägnanteste Manifestation dieser Umtriebe zeigte sich auf dem 10. deutschen Sängerbundesfest im Juli 1928 in Wien. Zu diesem Anlass nahm die österreichische Gesandtschaft in Budapest die erwachende Deutschlandsfreundschaft der Ungarn zur Kenntnis: »Diese Sympathien für Deutschland brachten naturgemäß auch für Österreich freundliche Kommentare.«²⁰ Die Gesandtschaft wies in ihrem Bericht auf die schwierige internationale Lage Ungarns hin sowie auf die positive Einstellung der regierungsnahen Presse zur Anschlussfrage. Der Bericht vom Spätsommer 1928 fasste schließlich die Ansicht Ungarns gegenüber dem Anschluss zusammen: »Momentan sei es nicht gewiss, ob Ungarn dies befürchten oder sich darüber freuen sollte.«²¹

Der Einfluss der deutschen auf die österreichische Wirtschaft, der sich v.a. im deutschen Kapitalfluss in die österreichische Schwerindustrie zeigte, erreichte zum Ende der 1920er Jahre nicht jenes hohe Niveau, wie etwa in den Bereichen der Gesetzgebung und der Infrastruktur. Die wirtschaftliche Annäherung wurde von österreichischer Seite v.a. wegen ökonomischer Schwierigkeiten vorangetrieben. Im Sommer 1927 nahm der christlichsoziale Bundeskanzler Ignaz Seipel, der persönlich kein überzeugter Anschlussfreund war, ins Programm seiner vierten Regierung den Passus »einer engeren Zusammenarbeit mit dem deutschen Reich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht« auf.²² Die ungarische Gesandtschaft in Wien notierte in ihrem politischen Lagebericht des Jahres 1930, dass »politisch gesehen die Beziehung zwischen Österreich und Deutschland freundschaftlich ist, [...] wirtschaftlich ist es jedoch nicht gelungen, eine engere Zusammenarbeit zu erlangen.«²³

Die langsam enger werdenden Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich wurden durch die Unterzeichnung eines Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrages am 25. Januar 1931 in Wien bekräftigt. Der geheime Teil dieses Vertrages beinhaltete das gegenseitige Versprechen, dass jene politischen Fragen, die beide Staaten und besonders die gemeinsamen Nachbarn betreffen, von den Gesandtschaften mitgeteilt und koordiniert werden sollten.²⁴ Am 28. Januar 1931 führte Vizekanzler und Außenminister Johannes Schober ein persönliches Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten István Bethlen. Die Sprache kam auch auf die österreichisch-deutschen Beziehungen, wobei Bethlen erklärte, dass beide Staaten bestrebt seien, mit Deutschland gute Kontakte zu pflegen. Der ungarische Ministerpräsident zeigte volles Verständnis für den Standpunkt der »nationalen Zuge-

25 ÖStA AdR NPA 415 20802 Wien,
26.01.1931.

hörigkeit« Österreichs zu Deutschland und war auch damit einverstanden, »dass Österreich sich bemühe, engste wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland herzustellen.«²⁵

26 MOL K64 Ausztria o.N. 1931.

Anschlussbestrebung auf deutsche Initiative 1931-1932

27 Der Vertrag sollte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Stabilität dienen.

»[...] wir [sind] nicht in der Lage, den Anschluss zu verhindern oder ihn zu befördern.«²⁶

28 MOL K64 Ausztria sz.n. 1931.

Am 20. März 1931 gelangte der auf deutsche Initiative intern ausgehandelte österreichisch-deutsche Zollunionsvertrag an die Öffentlichkeit. Gegen seine Realisierung protestierten unter Verweis auf die Verletzung der Genfer Protokolle von 1922 mehrere Staaten mit Erfolg, allen voran Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei. Die ungarische Öffentlichkeit befürwortete die Zollunion, durch die Agrarüberschüsse auf dem so entstehenden großen Markt abgesetzt werden sollten.²⁷ Dabei spielten allein wirtschaftspolitische Überlegungen eine Rolle; die ungarische Führung nahm eine abwartende Haltung ein und vermied dadurch mögliche negative politische Folgen. »Im entwaffneten Zustand, im Eisenring der Kleinen Entente, sind wir nicht in der Lage, den Anschluss zu verhindern oder ihn zu befördern.«²⁸ Schließlich kamen dennoch Bedenken im Fall einer erfolgreichen Verwirklichung der Zollunion auf, dass nämlich das unkalkulierbare Eingreifen Deutschlands in die gerade laufenden Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich zur Verlängerung des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages, die schließlich im Juli 1931 erfolgte, gestört würden.

29 Hohe Kreditzinsen und Anschlussverbot.

Im Juli 1932 erhielt Österreich mit dem Protokoll von Lausanne, ähnlich den Genfer Protokollen von 1922, wiederum eine internationale Kredithilfe, um seine angeschlagene Wirtschaft zu sanieren. Infolge der Verhandlungen in Lausanne wurde das Anschlussverbot an Deutschland bis 1952 ausgedehnt. Als überlebenswichtigen Ausgleich erhielt das wirtschaftlich stark angeschlagene Österreich eine Anleihe von 300 Mio. Schilling. Die ungarische Gesandtschaft in Berlin stellte eindrücklich dar, welche Gegenreaktionen diese österreichische Entscheidung jedoch in Deutschland hervorrief:

30 MOL K63 Ausztria 1449 Berlin,
23.07.1932.

31 Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluss. Wien, München: Jugend & Volk 1987, p. 204.

Die allgemeine Verbitterung, welche durch die schweren Bedingungen der Anleihe²⁹ aufkam, zeigt deutlich, wie tief die jahrelange Anschlusspropaganda im Herzen der Deutschen verwurzelt ist. Es kam so weit, dass in jeder Aktion gegen den Anschluss die Demütigung des deutschen Volkes gesehen wird.³⁰

32 MOL K63 Ausztria 1237 Bécs,
21.05.1932.

Dass Österreich diese Kredithilfe annahm und auf den Anschluss verzichtete, leitete den neuen außenpolitischen Kurs Österreichs ein.³¹ In den Berichten der ungarischen Gesandtschaft in Wien vom Anfang der 1930er Jahre wurde die Anschlussfrage immer öfter mit der Verbreitung des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Der ungarische Gesandte Lajos Ambrózy bewertete im Frühling 1932 den Wahlsieg der Nationalsozialisten in Deutschland und in diesem Zusammenhang die Frage des Anschlusses wie folgt: »[M]einer Ansicht nach sind die Voraussetzungen in Österreich zur ähnlichen innenpolitischen Entwicklung wie nach dem Siegeslauf Hitlers (in Deutschland) nicht vorhanden.« Die Erklärung dafür läge in der speziellen innenpolitischen Lage, in der »diffusen« Propaganda der österreichischen Nationalsozialisten und im Fehlen einer starken NS-Führungskraft. Der Gesandte wies darauf hin, dass auch die österreichischen Nationalsozialisten Befürworter des Anschlusses seien: »Die werden, wenn man es aus ihrer Presse entnehmen darf, mit ihrem Schandmaul ihre Deutschfreundlichkeit und Frankreichfeindlichkeit laufend behaupten, was bis jetzt die Großdeutschen in einer ausgefeilten und runden Form verkündeten.«³²

Handreichung für ein souveränes Österreich 1933-1935

33 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 3.
133/1934. Budapest, 24.08.1934.

»Ungarn habe wohl ein großes Interesse an der Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs.«³³

34 ÖStA AdR NPA 416 23.843.
Wien, 21.07.1933.

Als Gegengewicht zu den verstärkten deutschen Anschlussbemühungen lehnte sich Österreich seit 1933 an das faschistische Italien an, was zur Intensivierung der österreichisch-ungarischen Beziehungen beitrug. Im Sommer 1933 verkündeten die Regierungschefs Engelbert Dollfuß und Gyula Gömbös in einer gemeinsamen Deklaration, dass sich beide Staaten unter Voraussetzung der Souveränität beider Staaten um »freundschaftliche Beziehungen« zu Deutschland bemühten.³⁴ Während des Jahres 1933 setzte Ministerpräsident Gömbös

- 35 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 2. 34/
pol. Budapest, 29.03.1933.
- 36 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 2. 89.
Budapest, 19.09.1933.
- 37 ÖStA AdR NPA 800 50.434.
Budapest, 18.01.1934.
- 38 MOL K63 Ausztria 20t 14 Bécs,
15.06.1934.
- 39 ÖStA AdR NPA 804 240.
Budapest, 09.01.1934.
- 40 ÖStA AdR NPA 800 50.866.
Budapest, 01.02.1934.
- 41 MOL K63 Ausztria 20t 1597.
Bécs, 16.05.1934.

den österreichischen Gesandten wiederholt davon in Kenntnis, dass die Haltung Italiens einem eventuellen Anschluss gegenüber vollkommen ablehnend sei und daher auch »Ungarn von seinem Standpunkte aus entschieden gegen den Anschluss sein muss«. ³⁵ Die Politik Ungarns nach der Machtübernahme Hitlers 1933 wollte v.a. die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Deutschland intensivieren. Gleichzeitig bemühte sich Ungarn, das die Verbreitung nationalsozialistischer Ideen in Ungarn aufzuhalten:

Die Regierung trachtet das beste Einvernehmen mit Deutschland aufrechtzuhalten, ohne die immer wieder betonte Freundschaft zu Österreich zu gefährden. [...] Es ist wohl jedem hier [in Ungarn] klar, dass, falls Österreich nationalsozialistisch würde, was den Anschluss sozusagen automatisch nach sich ziehen würde, die Einwirkung auf Ungarn unmittelbar wäre und Ungarn ideell und wirtschaftlich seine Selbständigkeit verlieren würde. [...] es wird doch nicht in diesem Sinne gehandelt, wobei zweifelsohne eine hier seit langem eingewurzelte Bewunderung Deutschlands zugleich mit einer gewissen Angstpsychose eine maßgebende Rolle spielt. [...] Der Außenpolitik haftet eine Unsicherheit an – sie weiß, was sie nicht will, aber sie weiß nicht, was sie will. ³⁶

Der österreichische Gesandte in Budapest Leopold Hennet informierte 1934 den Ballhausplatz in Wien über eine für diese Zeit charakteristische parlamentarische Debatte: In der westungarischen Bevölkerung sorgten Gerüchte für die Furcht vor einem eventuellen Anschluss. Dieser werde früher oder später erfolgen und die Einverleibung bestimmter ungarischer Gebiete bis Győr oder sogar bis zum Plattensee zur Folge haben. Nach Hennets Erklärung sei der Anschluss einerseits eine Bedrohung, andererseits ein Werbemittel für die Nationalsozialisten, da er auch für Ungarn den wirtschaftlichen Aufschwung bedeute. ³⁷ Ungarn befand sich somit in einer zwiespältigen Lage zwischen Hoffnung und Furcht.

1934 verschlechterten sich die deutsch-österreichischen Beziehungen v.a. durch die Terrorattentate der österreichischen Nationalsozialisten wesentlich. Die österreichische Regierung unter der Führung von Kanzler Engelbert Dollfuß reagierte mit strengen Verordnungen und Maßnahmen gegen die Nazis. Gleichzeitig wurde die Außenpolitik mit Italien und Ungarn noch mehr in Einklang gebracht. Die ungarische Gesandtschaft in Wien schätzte die Chance eines selbstständigen Österreichs jedoch als gering ein. »Der österreichischen Regierung bleibe nichts anderes übrig, als mit einer der zwei großen Oppositionsparteien, entweder mit den Sozialdemokraten oder den Nazis, den Ausgleich zu suchen.« Mit den Letzteren hielt der ungarische Gesandte eine Abmachung für leichter durchsetzbar. ³⁸ Der Gesandte Hennet in Budapest machte bei den Ungarn eine ähnliche Einstellung zur Anschlussfrage aus: »Weite Kreise glauben, dass Österreich den Nationalsozialismus und damit dem Anschlussgedanken auf die Dauer doch nicht standhalten kann.« ³⁹

Mitte der 1930er Jahre verkündete die ungarische »Rechte« immer öfters den baldigen Untergang Österreichs. Hennet beklagte anlässlich eines persönlichen Besuchs bei dem Ministerpräsidenten Gömbös die deutschfreundliche, jedoch österreichneutrale Einstellung der ungarischen Presse. Gömbös stelle erneut die gewollt naive Frage, ob dies wirklich so schlimm und ob in allen Fällen erwiesen sei, dass die NS-Terrorakte in Österreich von deutscher offizieller oder halboffizieller Seite veranlasst und gedeckt würden. Nachdem Hennet mit offiziellen Dokumenten seine Argumente unterstützte, zeigte sich Gömbös empört und fügte hinzu, »dass, so schrecklich dies auch sei, doch an eine baldige Versöhnung zwischen den beiden Staaten gedacht werden müsse«. ⁴⁰

Die österreichische Regierung war verständlicherweise über die Intensivierung der deutsch-ungarischen Beziehungen nicht besonders erfreut. Dollfuß erklärte, Ungarn müsse Deutschland beibringen, dass die ungarisch-deutsche Freundschaft nur über Österreich möglich sei. Die pragmatische ungarische Antwort lautete:

Wenige wünschen die Verbesserung der deutsch-österreichischen Beziehungen so aufrichtig wie gerade wir, bis dies jedoch eintritt, sind wir davon überzeugt, dass es in Österreichs Interesse liegt, erträgliche Beziehungen v.a. aus wirtschaftlichem Grund zwischen Ungarn und Deutschland aufrechtzuerhalten. ⁴¹

Am 26. Juli 1934, dem Tag nach der Ermordung von Dollfuß, benachrichtigte der Gesandte in Budapest den Ballhausplatz darüber, welche Reaktionen das Attentat in Ungarn hervorgerufen hatte. Der Tod des Kanzlers wurde »mit aufrichtigstem Beileid« aufgenommen;

42 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 13.527.
Budapest, 26.07.1934.

43 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 3.
114/1934. Budapest, 31.07.1934.

44 Cf. weiters Preradovich, Nikolaus
v.: Die Wilhelmstrasse und der
Anschluss Österreichs 1918-1933.
Bern, Frankfurt/M.: Lang 1971,
p. 209.

45 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 3.
133/1934. Budapest, 24.08.1934.

46 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 4. 411.
Budapest, 27.05.1935

47 ÖStA AdR NPA 791
38.581/1935. Berlin, 30.09.1935.

zugleich hob der Gesandte hervor, dass weder die regierungsnahen noch die oppositionelle Presse über die nationalsozialistischen Putschisten berichteten.⁴²

Während des Juli-Putsches 1934 mobilisierten die italienischen Truppen am Brenner. Die jugoslawische Führung erklärte: Falls Italien die österreichische Grenze übertrete, würden südslawische Truppen auch ohne französische Bewilligung dasselbe tun.⁴³ Dem österreichischen Gesandten in Budapest kamen Gerüchte über die mögliche Einstellung Ungarns zu dieser angespannten Situation zu Ohren: Der italienische Gesandte habe bei der ungarischen Regierung interveniert, dass diese wenigstens eine Teilmobilisierung anordne, wofür Ungarn die Rückgabe Burgenlands angeboten werde.⁴⁴ Hennets Meinung zufolge wurden diese Gerüchte durch die ungarische Rechte verbreitet, um die Loyalität Ungarns zu Deutschland zu belegen, ferner um Spannungen zwischen Italien und Österreich zu wecken. Wie Hennet erfuhr, hatte die ungarische Regierung das Angebot hinsichtlich der empfindlichen internationalen Lage und aus Furcht vor der Kleinen Entente zurückgewiesen. »Ungarn habe wohl ein großes Interesse an der Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs, doch müsse es sich von den Kämpfen der Großmächte fernhalten und sich keiner völlig ausliefern, so dass es auch im Kampf um Österreich kein Risiko übernehmen dürfe.«⁴⁵ Der Gesandte legte in seinem Bericht nahe, dass Ungarn an einer solchen Aktion gerne teilnehmen würde, jedoch derzeit mehr zu verlieren als zu gewinnen hätte.

Zur Mitte der 1930er Jahre berichtete die österreichische Gesandtschaft häufiger über die intensive ungarische Freundschaft zu Deutschland. Im Frühling 1935 meldete der Gesandte Folgendes nach Wien:

Es herrscht kein Zweifel darüber, dass die ungarische Regierung und ihr nahe stehende Kreise in letzter Zeit mehr als bisher einer deutschfreundlichen Orientierung zuneigen. [...] Die unerfreulichen und unfreundlichen Äußerungen Hitlers bezüglich Österreich wurden zwar konstatiert und auch der österreichische Protest wurde erwähnt, doch alles in einer allzu »objektiven« Weise.⁴⁶

Gleichzeitig beschuldigte Deutschland die ungarische Führung der übertriebenen Freundschaft zu Österreich. Als sich Gömbös Mitte September 1935 in Berlin aufhielt, wurde in den Verhandlungen mit Hitler die Österreich-Frage diskutiert. Gömbös begründete die traditionell guten Beziehungen zu Österreich mehrfach; so erwähnte er die »Kohäsionskraft« der einstigen k.u.k. Armee, die gemeinsame Grenze, ferner die lebendigen und intensiven wirtschaftlichen Beziehungen. Die Unterredung führte jedoch zu keinem Erfolg, da während der Verhandlungen »keine konkreten Vorschläge« bezüglich Österreich zur Sprache kamen.⁴⁷

Abschied vom souveränen Österreich 1936/37

»Die öffentliche Meinung in Ungarn scheint mit Österreich besonders sympathisch zu sein, jedoch glaubt ein großer Teil nicht an die dauerhafte staatliche Selbständigkeit unseres Landes.«⁴⁸

Seit der Mitte der 1930er Jahre sanken allmählich die Chancen für Österreich, Souveränität zu erlangen. Italien als der wichtigste außenpolitische Befürworter Österreichs ging in Folge der Okkupation Abessinien als Partner verloren: Großen Worten folgten keine Taten.⁴⁹ Die realpolitischen Interessen Ungarns bewirkten wie im Fall Italiens ebenfalls eine weitere Intensivierung der Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland.⁵⁰ Somit verlor die »Treue und Freundschaft« zu Österreich immer mehr an Wert. Während dessen führte die österreichische Regierung einen Zweifrontenkrieg, im Februar 1934 gegen die Sozialdemokraten und vom Juli 1934 bis März 1938 gegen die Nationalsozialisten. Als Gegenmaßnahme gegen beide Fronten schuf Dollfuß den autoritären Ständestaat, wodurch sich Österreich von der Demokratie verabschiedete. Als die außenpolitische Unterstützung seitens Italiens und Ungarns weiter zurückging, versuchte der neue Kanzler Kurt Schuschnigg, die innere Einheit mittels Propagierung einer bislang unbekanntenen österreichischen Identität als eines von Deutschland unabhängigen Staates zu verfestigen. Diese Versuche brachten jedoch wenig Erfolg.

Ein anderer Weg führte über die »Restauration« der Habsburger: In der neuen berufsständischen Verfassung vom 1. Mai 1934 war nicht mehr von der Entthronung und Vermögenskonfiskation der Habsburger die Rede. Jedoch war in den Jahren 1934 und 1935 weder für Schuschnigg noch für Ministerpräsidenten Gömbös die Restaurationsfrage

48 ÖStA AdR NPA 788 34.576.
Budapest, 09. 01.1937.

49 Cf. Réti, György: Az 1938. évi
Anschluss a magyar-olasz kapcsolatok tükrében [Der Anschluss vom 1938 im Spiegel der ungarisch-italienischen Beziehungen]. In: Múltunk 1 (1998), pp. 71-93.

50 Cf. Kerekes, Lajos: Anschluss 1938. Ausztria és a nemzetközi diplomácia 1933-1938 [Österreich und die internationale Diplomatie 1933-1938]. Budapest: Akadémiai 1963, p. 180.

51 ÖStA AdR NPA 788 34.576.
Budapest, 09.01.1937.

52 MOL K63 Ausztria 3112. Bécs,
25.09.1936.

53 MOL K63 Ausztria 4042. Bécs,
09.12.1936.

54 ÖStA AdR NPA 788 34.576.
Budapest, 09.01.1937.

55 ÖStA AdR NPA 797. 37.795.
Budapest, 05.04.1937.

56 ÖStA AdR NPA Ges. Bp. 5. 106.
Budapest, 28.05.1937.

57 Schausberger 1979, p. 385.

58 MOL K63 Ausztria 1849. Bécs,
28.05.1937.

59 Ibid.

60 ÖStA AdR NPA 416 37.130/1937.
Wien, 20.04.1937. Zur Einstellung
der ungarischen Führung cf. weiters
Eichstädt, Ulrich: Von Dollfuß zu
Hitler. Geschichte des Anschlusses
Österreichs 1933-1938. Wiesbaden:
Steiner 1955, p. 255.

aktuell und die Römischen Protokolle von 1934 beschäftigten sich ebenfalls nicht mit der Frage der Habsburger: Alle drei unterzeichnenden Länder – Italien, Ungarn und Österreich – hielten diese für nicht zeitgemäß.⁵¹ Einige Jahre später schloss jedoch Mussolini die Möglichkeit der Restauration nicht mehr aus, diese »Zusage« verlor jedoch durch die Annäherung Italiens an Deutschland schnell an Wert. 1937 ließ Schuschnigg der legitimistischen Propaganda freien Lauf und erklärte sogar mehrmals, er sehe im Legitimus gegen die deutschen Anschlussgelüste die beste Gewähr.

Das Juliabkommen 1936 mit den Nationalsozialisten unter Hitlers Führung wurde in der ungarischen Presse positiv und als großer Erfolg der ungarischen und österreichischen Außenpolitik beurteilt, auch wenn es keine substantielle Wende mehr in der deutsch-österreichischen Beziehung darstellte.

1936 verfasste die ungarische Gesandtschaft in Wien mehrere Berichte über die labile und schwache innenpolitische Basis der österreichischen Regierung sowie über die zunehmende Spannung der außenpolitischen Lage. »Es wäre noch zu früh, die Posaune des Todes erklingen zu lassen, ich sehe jedoch nicht, wie er [Schuschnigg] fortwursteln kann.«⁵²

Die Verstimmtheit des Kanzlers, seine abstrakten Ideen bringen ihn nicht dem Publikum näher, obwohl sich seine Person der Achtung erfreut, hat er nicht die Ausstrahlung, die Malaise in der österreichischen Politik beseitigen zu können. Durch den parteilosen Zustand der Politik kann ihn nur Präsident Miklas des Amtes entheben.⁵³

Zu Beginn des Jahres 1937 informierte der österreichische Gesandte Eduard Baar-Baarenfels Präsident Schuschnigg über die ungarische Haltung:

Die öffentliche Meinung in Ungarn scheint eine besondere Sympathie für Österreich widerzuspiegeln, jedoch glaubt ein großer Teil nicht an die dauerhafte staatliche Selbständigkeit unseres Landes. Der Zeitpunkt, wann wir als Provinz in Deutschland aufgehen werden, scheint, je nachdem man günstig oder ungünstig gegen uns eingestellt ist, zwischen einem Jahr und vier Jahren zu schwanken.⁵⁴

Was die Einstellung der ungarischen Führung anbelangt, musste Baar-Baarenfels Wien über ähnliche Erfahrungen informieren: Die ungarische Regierung beurteilt die allgemeine Lage nicht nur für Ungarn, sondern v.a. für Österreich sehr pessimistisch.⁵⁵

In dieser Zeit war die Janusköpfigkeit der ungarischen Führung in der Beziehung zu Österreich immer mehr zu spüren: Während Ungarn seine Zuwendung zu Österreich verkündete, vertiefte es nämlich seine Kontakte zu Deutschland. Im Mai 1937 erklärte der ungarische Außenminister Kálmán Kánya: Sollte die Außenpolitik Italiens die Souveränität Österreichs gefährden, werde Ungarn seine Italienorientierung ändern und einen anderen Weg einschlagen. Baar-Baarenfels nahm dies mit Freude zur Kenntnis: »Ungarn habe erkannt, dass die Gefährdung der österreichischen Unabhängigkeit auch Ungarn bedrohe, hier erweist sich Ungarn als treuer Sekundant in der Stärkung unserer Unabhängigkeit.«⁵⁶ Seitens Italiens gaben jedoch bereits andere Meinungen und Zukunftsperspektiven den Tenor an: Der Außenminister Galeazzo Ciano gab bei seinem Besuch in Budapest bekannt, dass die Souveränität Österreichs für Italien keine allzu große Wichtigkeit mehr besitze.⁵⁷

Zur selben Zeit schrieb der ungarische Gesandte und bevollmächtigte Minister Lajos Rudnay in Wien:

Sollte die internationale Lage eine Konstellation zeigen, dass die Deutschen wagen würden, gegen Österreich aktiv aufzutreten, so müssten wir meiner Meinung nach Vorbereitungen treffen, die nicht zur Einverleibung, sondern zur Aufteilung Österreichs führen, und deswegen müssen wir diplomatisch so manövrieren, dass wir unsere westlichen Grenzen revidieren und die Batschka als Tauschobjekt gegen Südkärnten ins Treffen führen.⁵⁸

Zu solchen Äußerungen der ungarischen Gesandtschaft in Wien konnte es deswegen kommen, weil die Loyalität der außenpolitischen Führung zu Österreich gesunken war.⁵⁹ Zur objektiven Einschätzung der Lage durch die Wiener Regierung verhalf der »Rat« des ungarischen Reichsverwesers Miklós Horthy im März 1937: »Österreich solle sich nach Möglichkeit Deutschland anschließen«. Der ungarische Verteidigungsminister Vilmos Róder schlug denselben Weg vor.⁶⁰

61 ÖStA AdR NPA 416 44.788/1937.
Wien, 25.10.1937.

62 MOL K63 Ausztria 480. Wien,
07.07.1937.

63 Ibid.

64 MOL K63 Ausztria 98. Bécs,
26.05.1937.

65 ÖStA AdR NPA 794 96.714/1937.
Berlin, 27.11.1937.

66 ÖStA AdR NPA 794
96.549/1937. Budapest, 01.12.1937.

Im Jahr 1937 waren die gegenseitigen Besuche von Staats- und Regierungschefs bzw. von Ministern auffallend häufig. Sie führten jedoch zu keinem konkreten Ergebnis und spielten lediglich eine protokollarische Rolle. Als Schuschnigg Ende Oktober in Budapest einen Besuch abstattete und wichtige Fragen, wie die der eventuellen militärischen Zusammenarbeit oder der Beziehungen zur Kleinen Entente, aufwarf, führte auch dies zu keinen konkreten Vereinbarungen. Die österreichische Delegation sah sich gezwungen, die nötigen Konsequenzen zu ziehen, als sich die ungarischen Gesprächspartner weigerten, über das Zusammentreffen eine offizielle politische Erklärung abzugeben. »Die Ungarn scheinen vom Tadel Berlins zu bängen«, endete die offizielle Notiz.⁶¹

Im Sommer 1937 stellte die ungarische Gesandtschaft in Wien fest, die Unstimmigkeiten zwischen Österreich und Deutschland seien nicht mehr zu lösen. »Die regierungsfeindliche Propaganda der österreichischen Nazis findet in der deutschen Presse starken Anklang und die nazifeindliche Hetzerei der österreichischen jüdischen Presse wird fröhlich fortgesetzt.«⁶² Während dessen berichtete die Wiener ungarische Gesandtschaft nach Budapest, dass die deutschlandfreundliche Orientierung Ungarns in Wien mit scheelen Augen angesehen werde.⁶³ Der Gesandte Lajos Rudnay übergab am 24. Juli sein Abberufungsschreiben an Bundespräsident Wilhelm Miklas. Davon ging eine Signalwirkung aus, weil bis zum Jahresende und sodann bis zum Anschluss im März 1938 kein Nachfolger zur Führung der Gesandtschaft ernannt wurde.

Zwischen dem 20. und 29. November 1937 statteten Ministerpräsident Kálmán Darányi und Außenminister Kálmán Kánya einen offiziellen Besuch in Berlin ab. Im Mai desselben Jahres bat die österreichische Regierung die ungarische, »ein gutes Wort für Österreich« in Berlin einzulegen.⁶⁴ Dieser Bitte kam Kánya bei seinen Gesprächen mit dem deutschen Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath und Minister Hermann Göring nach und erklärte, dass er die österreichische Regierung mindestens so gut kenne wie die eigene und er nicht verstehe, wie die deutsche Führung an der österreichischen Regierung »zweifeln« könne. Der österreichische Gesandte in Berlin berichtete über diesen ungarischen Besuch. Neben den Satz des Gesandten – »ihm [Kánya] ist es nicht gelungen, die deutschen Herren zu überzeugen« – wurde die Randnotiz platziert: »weil er es auch nicht wollte«.⁶⁵

Nach dem ungarischen Besuch in Deutschland bat der Gesandte in Budapest Ministerpräsident Darányi um ein Gespräch. Baar-Baarenfels schrieb darüber am Ende des Berichtes die lehrreichen Worte:

[I]ch konnte eine unverändert äußerst freundliche Einstellung gegenüber Österreich konstatieren, andererseits jedoch auch eine sehr deutliche Besserung der politischen Atmosphäre zwischen Deutschland und Ungarn, man scheint den ungarischen Herren in Berlin unter geschicktem Eingehen auf ihre Psyche und ihre Mentalität sehr viel versprochen und zugesichert zu haben.⁶⁶

Österreich ist allein: Der Anschluss am 12./13. März 1938

»In den entscheidenden Stunden ist Österreich – wie das Schicksal das wollte – ganz allein geblieben, somit ergab sich der günstige Moment zur Verwirklichung der großen deutschen Idee.«⁶⁷

Nach dem Berchtesgadener Abkommen vom 12. Februar 1938 zwischen Hitler und Schuschnigg berichtete der ungarische Gesandtschaftsrat in Wien über die Zustände in Österreich. Er hielt die Situation zwar für »äußerst gespannt«, doch sei die Lage der Regierung Schuschnigg ziemlich günstig, da die Unabhängigkeit Österreichs nicht gefährdet sei: »Blieb natürlich die Bedrohung, dass Hitler früher oder später mit schweren Forderungen auftreten wird. Vor einigen Tagen sagte der Außenminister [Guido Schmidt] zu mir, dass in diesem Fall die österreichische Regierung mit einem eindeutigen Nein antworten wird.«⁶⁸

Am 11. März 1938, am Vorabend des Anschlusses, berichtete der Gesandtschaftsrat nach Budapest nichts ahnend, jedoch vorsichtig über die Lage in Österreich:

Obwohl die Regierung die mehrheitliche Unterstützung der Bevölkerung hat, ist die durch das Berchtesgadener Abkommen entstandene Situation noch nicht ganz geklärt. Dies wird erst eintreffen, wenn die Nationalsozialisten sich an die Vaterländische Front anpassen und im Frieden mit dem anderen Teil der Bevölkerung leben, falls das überhaupt vorstellbar ist.⁶⁹

70 MOL K63 Ausztria 43. pol. Bécs, 17.03.1938.

71 MOL K63 Ausztria 51.485. Budapest, 17.03.1938.

72 MOL K63 Ausztria 1000. pol. Budapest, 04.1938 (Konvolut 175).

73 Ibid.

74 MOL K63 Ausztria 33. München, 18.03.1938.

Einen Tag später wurde der Anschluss vollzogen und begann die »Gleichschaltung« Österreichs mit Deutschland. In den letzten Berichten der Gesandtschaft wurde die Professionalität und Genauigkeit dieser Gleichschaltung hervorgehoben. Die deutsche »Gründlichkeit« wird vom Gesandtschaftsrat »bewundert«, aber der Behördenapparat funktioniere noch nicht: »Die alten Beamten wurden entlassen und die neuen sind noch nicht im Amt. So kann man in den letzten Tagen fast niemanden in den Ministerien finden.«⁷⁰ Während der ersten erfolgreichen Kontaktaufnahme nach dem »Anschluss« wurden die Finanzen und Handelsangelegenheiten Ungarns mit der »Ostmark« behandelt. Die zuständige Person österreichischerseits empfahl dem ungarischen Partner, »die bisherige Warenausfuhr v.a. aus demonstrativen Gründen fortzusetzen, weil die Nachfrage in Wien nicht sinken, sondern sogar steigen werde.«⁷¹

Einige Wochen nach dem Ende Österreichs wertete Außenminister Kánya die Ereignisse aus und fasste zusammen: »Der Anschluss beschäftigte seit dem Ende des Krieges die europäische Öffentlichkeit.« Dieser sei nur eine Frage der Zeit gewesen. Die Gründe dafür lägen in den verfehlten Friedensverträgen, beim enormen Orientierungswandel Italiens und freilich bei der Machtergreifung Hitlers. Kánya erläuterte auch die Einstellung und Reaktion Ungarns zur Anschlussfrage:

Die ungarische Regierung war immer auf dem Standpunkt, dass das Eingreifen in die Misstimmung zwischen Österreich und Deutschland nicht unsere Aufgabe ist. Vor allem deswegen nicht, weil es um ein Problem ging, dessen Lösung außerhalb unseres Machtkreises lag, und zweitens deswegen nicht, weil wir davon überzeugt waren, dass keiner von ihnen unseren Eingriff gerne gesehen hätte. [...] Wir haben uns mit allen Mitteln bemüht, sowohl mit dem befreundeten Österreich als auch mit dem freundschaftlichen Deutschland die beste Beziehung aufrechtzuerhalten, was für lange Zeit trotz großer Schwierigkeiten gelungen ist. [...] Der Anschluss wurde also vollendet, wonach die Lage Ungarns sich so entwickelte, dass an die Stelle Österreichs das mit uns freundschaftliche Verhältnisse pflegende Deutsche Reich rückte. Unsere Einstellung ihm gegenüber darf keine Minute lang unsicher sein. Logischerweise gehen wir davon aus, dass Ungarn seine Glückwünsche anlässlich des österreichisch-deutschen Zusammenkommens der deutschen Regierung ausrichtet, und hoffen, dass das bestehende freundschaftliche Verhältnis weiterhin ohne Änderung feststehen werde.⁷²

Der Außenminister erwähnte kurz die Gerüchte über die Gefährdung der ungarischen Staatsgrenzen, dementierte sie jedoch sogleich: »Diese Gerüchte sind aus mehreren Gründen völlig unbegründet. Die deutsche Regierung ließ es außer Zweifel, dass die aktuellen ungarisch-deutschen Grenzen genauso unverletzbar sind, wie die Grenzen zu Italien, Südslawien und zur Schweiz.«⁷³

Sowohl die ungarische Regierung als auch Reichsverweser Horthy brachten Hitler und der deutschen Regierung ihre Glückwünsche anlässlich des Anschlusses zum Ausdruck. Der ungarische Generalkonsul in München berichtete objektiv über das Presseecho der Glückwünsche, zwischen den Zeilen ist jedoch ein Gefühl der Angst und Unsicherheit festzustellen. »Unsere Glückwünsche nach Berlin wurden nur am 16. in den *Münchener Neuesten Nachrichten* gemeldet, der *Völkische Beobachter* brachte sie erst am 17. ohne besondere Betonung.« Am Ende des Berichtes zog der Generalkonsul das Resümee und schrieb: »Ungarn darf nur eine Politik betreiben: die unterstrichene Freundschaft zu Deutschland, in der Hoffnung, dass die deutsche Seite den Wert eines unabhängigen, nationalistischen Ungarns einsehen und anerkennen wird.«⁷⁴ Eine Hoffnung, die sich freilich nicht erfüllen sollte.

Mag. Dr. Ibolya Murber geboren 1977 in Komló (Ungarn). Magisterstudien in Geschichte und Geografie an der Universität Pécs. PhD-Studium in Zeitgeschichte an der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest. 2007-2008: Gastlektorin an der Universität Wien, am Institut für Europäische und Vergleichende Sprach- und Literaturwissenschaft (Finno-Ugristik). Seit 2007 Hochschuldozentin für Zeitgeschichte am Institut für Geschichte der Universität Sopron, Savaria Universitätszentrum in Szombathely.
Kontakt: murbi@freemail.hu